



HESSISCHER LANDTAG

15. 06. 2012

*Dem
Sozialpolitischen Ausschuss
überwiesen*

Berichts Antrag der Abg. Schott (DIE LINKE) und Fraktion betreffend Versorgungsengpässe bei Arzneimitteln

Nach Berichten der "Frankfurter Rundschau (FR)" vom 11. und 12. Juni 2012 verzeichnen vor allem Krankenhäuser, aber auch ambulante Einrichtungen in Deutschland seit einiger Zeit eine deutliche Zunahme von Lieferengpässen bei verschiedenen Arzneimitteln, bspw. Augentropfen, Antibiotika, Krebsmedikamente, Aspirin zur intravenösen Verabreichung. Außerdem berichten Ärzte in Hessen von Versorgungsengpässen bei Medikamenten gegen Hepatitis B und C.

Aus anderen Ländern wird Ähnliches berichtet. In der Schweiz bspw. mangelt es an Präparaten gegen Diabetes, Übelkeit und Blutarmut sowie an Antiallergika, Antibiotika, Betäubungsmitteln, Psychopharmaka und an bestimmten Packungen von Impfstoffen gegen Diphtherie und Tetanus.

Aus den USA, die diesbezüglich - und laut "Frankfurter Rundschau" im Unterschied zu Deutschland - über gute Statistiken verfügen, ist bekannt, dass sich das Problem in den letzten fünf Jahren enorm verschärft hat. Es ist zu befürchten, dass sich die Situation auch in Deutschland aus verschiedenen Gründen zuspitzen könnte. Nach Angaben des Schweizer Bundesamtes für Gesundheit konzentrieren die Firmen die Produktion aus Gründen der Gewinnsteigerung an möglichst wenigen Standorten, um größere Mengen günstiger herzustellen zu können. Probleme bei der Herstellung an einem Standort haben daher häufig globale Auswirkungen. Aus der Schweiz ist zudem bekannt, dass Krankenhäuser bei Lieferengpässen zur Beschaffung in Nachbarländer ausweichen. Nach Angaben des US-Gesundheitsministeriums bauen zwar inzwischen "zahlreiche Hersteller ihre Kapazitäten aus, aber diese werden für viele Jahre nicht zur Verfügung stehen" (FR vom 11.06.).

Ein weiteres Problem ist die Informationspolitik der Pharmakonzerne. Enea Martinelli, Chefapotheker einer Schweizer Spitalgruppe, weist darauf hin, dass Mängel in der Produktion dem Börsenkurs schaden, weshalb die Pharmaunternehmen entsprechende Informationen so lange wie möglich zurückhalten. Zum Schaden der Patienten/innen verkürzt sich damit aber die Reaktionszeit für andere Akteure, insbesondere für alternative Produzenten.

Die Landesregierung wird ersucht, im Sozialpolitischen Ausschuss über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Sind der Landesregierung die beschriebenen Versorgungsengpässe bekannt?
2. Falls ja, welche Arzneimittel sind von Engpässen betroffen?
3. Welche quantitativen Dimensionen haben die Lieferengpässe (wie häufig treten die Lieferengpässe auf, wie lange halten sie an, wie viele Kliniken und wie viele Patienten sind betroffen)?
4. Sind der Landesregierung aus der Vergangenheit vergleichbare Berichte bekannt?
5. Welche Ursachen sieht die Landesregierung für die Versorgungsengpässe?

6. Inwiefern können gegebenenfalls die entsprechenden Arzneimittel bei Lieferengpässen importiert werden?
7. Hält die Landesregierung die in dem Zeitungsartikel der FR vom 11.06. beschriebenen Priorisierungs- und Rationierungsvorgänge in deutschen Kliniken aufgrund von Lieferengpässen für politisch wünschenswert oder akzeptabel?
8. Hat die Pharmaindustrie nach Ansicht der Landesregierung aufgrund der Bedeutung von Arzneimitteln in der Medizin eine besondere Verantwortung in der Gesellschaft?
9. Falls ja, wird sie dieser Verantwortung gerecht, wenn einfach herzustellende, haltbare und wichtige Arzneimittel wie Aspirin zur parenteralen Notfallmedikation nicht kontinuierlich verfügbar sind?
10. Hält die Landesregierung eine gesetzliche Verpflichtung der Pharmaindustrie, die Behörden frühzeitig über Engpässe zu informieren, rechtlich für möglich?
11. Wie beurteilt sie den möglichen Nutzen einer solchen gesetzlichen Verpflichtung der Industrie zur frühzeitigen Information der Behörden über Engpässe, wie sie von US-amerikanischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern geplant ist (vgl. "Tages-Anzeiger", 25.05.2012)?
12. Welche weiteren politischen Handlungsoptionen sieht die Landesregierung, um den beschriebenen Versorgungsengpässen entgegenzuwirken?
13. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um den beschriebenen Versorgungsengpässen entgegenzuwirken?
14. Welche Gründe sprechen nach Ansicht der Landesregierung für und welche Gründe sprechen gegen einen gesetzlichen Versorgungsauftrag der Pharmaindustrie?
15. Könnte die markttypische Politik von Händlern und Importeuren, bei Lieferengpässen des Herstellers die Preise in die Höhe zu treiben, verhindert werden, wenn die Arzneimittelpreisverordnung auch im stationären Sektor Anwendung fände?
16. Plant die Landesregierung, sich für eine entsprechende Gesetzesinitiative einzusetzen?
17. Wie bewertet die Landesregierung die im Bericht der FR vom 12.06. zitierte Aussage des Bundesverbandes der pharmazeutischen Industrie, dass unwirtschaftliche Erstattungspreise in Deutschland mitursächlich für die Versorgungsengpässe sind?

Wiesbaden, 14. Juni 2012

Die Fraktionsvorsitzende:
Wissler

Schott